

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 10.08.2010, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 29.07.2010

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.05.2010**
- TOP 4 1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"
Vorlage: 2010/104**
- TOP 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8 - Oldenburger Straße / Bahnhofstraße
Vorlage: 2010/105**
- TOP 6 Ausbaustrecke der Eisenbahn zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven
Vorlage: 2010/102**
- TOP 7 Antrag zur Förderung der Bienenweide im Gemeindegebiet
Vorlage: 2010/093**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/104

freigegeben am 27.07.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 27.07.2010

1. Änderung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Südlich Brombeerweg"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	10.08.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	17.08.2010	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur Aufstellung der 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“ nebst Begründung wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage werden die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Das vorhandene gewerblich genutzte Gebäude und Gelände am Brombeerweg 10 ist vom ehemaligen Eigentümer verkauft worden. Es soll nun zu einer Betriebsstätte für die Firma Nord-Automobile aus Oldenburg umgenutzt werden.

Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Südlich Brombeerweg“. Da sich dessen Festsetzungen auf die Nutzung eines Betriebes für Wintergärten beziehen, erfordert die geplante Nutzung neues Planungsrecht. Daher wird die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich.

Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, wird das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB angewandt.

Weitere Erläuterungen werden vom Planungsbüro „Luxplanung“ in der Sitzung gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Verfahrens werden von dem Investor getragen.

Anlagen:

1. Vorentwurf B-Plan mit textlichen Festsetzungen
2. Vorentwurf Begründung
3. Schalltechnischer Nachweis

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/105

freigegeben am 27.07.2010

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 27.07.2010

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 8 - Oldenburger Straße / Bahnhofstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	10.08.2010	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	17.08.2010	Verwaltungsausschuss
Ö	17.08.2010	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 10.08.2010 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 8 - nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 01.06.2010 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2010/050).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 11.06. bis 12.07.2010 statt.

Im Rahmen der Auslegung wurden mehrere Stellungnahmen vorgebracht (vgl. Anlage 2). Durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wurde dabei eine Stellungnahme bezüglich der Anpflanzung der Hecke zur Oldenburger Straße abgegeben. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Hecke Gehwegareal in Anspruch nehmen würde.

Eine solche Verringerung des erst im Jahre 2007 ausgebauten Fuß- und Radweges ist jedoch nicht vertretbar. Daraufhin ist in Abstimmung mit dem Vorhabenträger und dem Landkreis Ammerland eine Änderung vorgenommen worden. Dies betraf ausschließlich den Freiflächenplan.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 16.02.2010 VA 02.03.2010	17.03.2010 – 16.04.2010	11.06.2010 – 12.07.2010	Ratssitzung am 17.08.2010

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Verfahrens werden von dem Investor getragen.

Anlagen:

1. Bebauungsplan mit textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften
2. Abwägungsvorschlag
3. Freiflächenplan
4. Ansichten
5. Lärmgutachten
6. Begründung
7. Umweltbericht

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/102

freigegeben am 27.07.2010

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 27.07.2010

Ausbaustrecke der Eisenbahn zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

10.08.2010

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Bereits zu Beginn des Jahres hatte die Verwaltung mit Vorlage 2010/021 ausführlich über beabsichtigte Lärmschutzmaßnahmen entlang der Eisenbahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven im Bereich der Gemeinde Rastede informiert.

In der Folge hatten sich die Überlegungen der Bahn konkretisiert und die Verwaltung hatte ihrerseits im Rahmen von Bahnanliegerbeteiligungen Informationen hinsichtlich der beabsichtigten Lärmschutzmaßnahmen an Bürger in der Gemeinde Rastede gegeben.

Aufgrund zwischenzeitlicher Beratungen in den politischen Gremien wurde unmittelbar vor der Sommerpause der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über den derzeitigen Stand der Planungsüberlegungen auch in der Gemeinde informiert und gebeten, insbesondere bezüglich der Finanzierung der ursprünglich vorgesehenen Maßnahmen Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme liegt mittlerweile vor und ist dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Aus dem Schreiben ergeben sich zusammengefasst folgende Feststellungen:

- Gleichwohl der Ausbau der Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven einen prioritären Status genießt, liegt eine Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Bahn nicht vor.
- Eine Sicherung der Gesamtfinanzierung der Ausbaumaßnahme ist bis heute nicht gegeben.

- Maßnahmen in der Gemeinde Rastede sind unabdingbar verknüpft worden mit dem Schicksal der technischen Umgestaltung des Bahnüberganges Alexanderstraße, Oldenburg. Da auch an dortiger Stelle weder eine abschließende technische Lösung vorliegt noch die Gesamtfinanzierung gesichert ist, kann insoweit auch keine Auskunft über den Zeithorizont einer Realisierung gegeben werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass zwar derzeit die Planungen der Bahn auf dem Rechtswege betrieben werden, jedenfalls soweit dies ohne Berücksichtigung der Oldenburger Verhältnisse möglich ist. Ob und wann allerdings mit einer Umsetzung der Maßnahmen gerechnet werden kann, ist heute nicht erkennbar.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 19.07.2010

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/093

freigegeben am 23.06.2010

GB 1

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 23.06.2010

Antrag zur Förderung der Bienenweide im Gemeindegebiet

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

10.08.2010

17.08.2010

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Am 31.05.2010 hat die Gemeinderatsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag zur Förderung der Bienenweide im Gemeindegebiet der Gemeinde Rastede gestellt. Der Inhalt des Antrages ist der Anlage zu entnehmen.

Unter Bienenweiden oder Tracht sind jene Blütenpflanzen zu verstehen, die Bienen zu ihrer Ernährung aufsuchen. Die Bedeutung der einzelnen Pflanzenarten für die Ernährung der Bienen ist unterschiedlich. Blütenpflanzen werden von Bienen angeflogen, wenn sie Blütenstaub (Pollen), Nektar oder Honigtau anbieten. Verbesserungen der Bienenweiden sind ein zentrales Anliegen des Natur- und Umweltschutzes. Eine aktuelle Studie der europäischen Union hat dargelegt, dass mit dem Verschwinden der Blütenpflanzen auch die von diesen Pflanzen lebenden Insekten selten werden. In der Folge sind auch diejenigen Tierarten bedroht, die sich von diesen Insekten und Kleinlebewesen ernähren.

Auf Kreisebene wurde im Jahr 2008 vom Umweltbildungszentrum Ammerland das Projekt „Lebensräume für Insekten“ initiiert. Besonders hervorgehoben wurde, dass die heimischen Insektenarten, unter besonderer Berücksichtigung der Bienen, einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen für die Allgemeinheit haben und einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt im Ökosystem leisten. Trotz zunehmender Sensibilisierung sind auch in dieser Region zahlreiche Insektenarten und deren Lebensräume bedroht und bedürfen daher besonderer Schutzmaßnahmen.

Konkrete Ziele des Projektes:

- Sondierung von geeigneten Flächen im Kreisgebiet
- Aktive Schaffung von Lebensräumen
- Aktivitäten sollen mit Bildungs- und Beratungsangeboten begleitet werden
- Mit Vertretern der Landwirtschaft/Landwirten soll über landwirtschaftliche Flächennutzung gesprochen werden
- In Ortsbürgervereinen, Kleingärtnervereinen und bei Privatpersonen soll die Schaffung von Lebensräumen beworben werden

Die Gemeindevertretungen wurden in das Projekt mit dem Ziel eingebunden, die Schaffung von Lebensräumen im Gemeindegebiet zu unterstützen. Konkret angesprochen wurden Kompensationsflächen, schulische Flächen, bebaute Gebiete, landwirtschaftliche Flächen, Gewässerrandstreifen, Regenrückhaltebecken und Straßenbegleitgrün. Um den personellen und finanziellen Aufwand im Rahmen zu halten, erfolgt eine Projektbegleitung in den Nachbargemeinden im Rahmen der Betreuung der lokalen Agenda. Gesonderte Finanzmittel wurden von den Gemeinden nicht für das Projekt ausgewiesen. Das Angebot der lokalen Agendagruppen, z. B. spezielles Saatgut kostenlos an interessierte Landwirte oder Gewerbetreibende abzugeben, wurde und wird bisher in der Praxis kaum in Anspruch genommen.

Inspiziert durch das Projekt „Lebensräume für Insekten“, gibt es in der Gemeinde Rastede erste Kooperationen zwischen dem Kreisimkerverband und der Kreisjägerschaft im Ortsteil Delfshausen. Zwischenzeitlich hat es außerdem Sondierungsgespräche zwischen der Verwaltung und dem Kreisimkerverband mit dem Ziel gegeben, dass die Verwaltung künftig Gewerbetreibende verstärkt auf die Möglichkeit der Verwendung von speziellem Saatgut für die Verbesserung der „Bienenweiden“ auf den Grundstücksbereichen hinweist, die dauerhaft nicht für die gewerbliche Aufgabe im eigentlichen Sinne genutzt werden.

Der Kreisimkerverband hat im Übrigen ausgeführt, dass insbesondere die „Grünen Wüsten“ in den Außenbereichen und die Pollenversorgung im Herbst den Bienen große Probleme bereiten. Weniger problematisch sei die Versorgung in den Ortskernen, da hier durch die heimischen Gärten eine gute Versorgung sichergestellt sei. Abhilfe können zum Beispiel punktuelle „blühende Inseln“ schaffen, die eine größere Wirkung erzielen als großflächige Einzelprojekte. Bei der Aussaat von ein- oder zweijährigen Saadmischungen sei außerdem nicht mit negativen Folge- oder Dauerwirkungen zu rechnen. Letztlich lässt sich allerdings ein Flächenbedarf nicht quantifizieren. Der Preis für geeignetes Saatgut wurde mit ca. 60 bis 70 € pro Hektar beziffert. Seitens des Kreisimkerverbandes wurde die Bereitschaft zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Gemeinde signalisiert. Dabei geht es weniger um eine finanzielle Unterstützung, sondern vielmehr um eine ideelle Begleitung, zum Beispiel durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit.

Den Internetseiten der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (www.lwk-niedersachsen.de) ist zu entnehmen, dass es ein spezielles Förderprogramm zur „*Förderung der Bienenzucht und -haltung sowie Vermarktungsbedingungen*“ gibt. Ziel der Förderung ist die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse und die Bienenzucht und -haltung.

Aus kofinanzierten Mitteln der EU sowie des Landes Niedersachsen werden

- Schulungsmaßnahmen
- Beratungsunterlagen und -hilfsmittel
- züchterische Maßnahmen zur Verbesserung der Varroatoleranz und Honiganalysen
- die Neueinrichtung von Bienenständen und
- züchterische Maßnahmen

gefördert.

Zuwendungsberechtigt sind niedersächsische Imker/-innen über deren Imkerorganisationen (Landesverbände, Kreis- und Orts-Imkervereine).

Finanzielle Auswirkungen:

Zur Zeit keine.

Anlagen:

1. Antrag der Gemeinderatsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.05.2010